

AKTUELL

PARTEIEN

Klar zum Entern ?

Luc Caregari

Auch Luxemburg hat nun eine Piratenpartei. Warum wir eine solche Gruppierung brauchen und wieso wir keine Angst vor den Freibeutern haben müssen, erklärte uns Sven Clement, Mitgründer der neuen Partei.

Dass Politiker nicht unbedingt Genies in Informatik sind, ist bekannt. Bis vor kurzem war dies auch kein Problem. Die „mediale Revolution“ hat jedoch vieles verändert: Die Welt ist nicht mehr die gleiche, und das Internet stellt auch den Gesetzgeber vor neue und wichtige Herausforderungen. Hier ist aber leider festzustellen, dass sich mit diesen neuen Aufgaben meistens Leute abgeben, die selbst nur wenig Ahnung von dem haben, was sie schließlich in die Gesetzestexte schreiben. In diese Kompetenzlücke sind die Piraten vorgestoßen - die junge Internetgeneration, die ihre eigenen Vorstellungen von der vernetzten Welt hat und diese auch auf politischer Ebene durchsetzen will. Der Erfolg gibt ihnen Recht: Einen Europaabgeordneten in Schweden haben sie schon vorzuweisen, sowie aus dem Stand errungene zwei Prozent der Stimmen bei den deutschen Bundestagswahlen im September.

Nun also gibt es auch einen luxemburgischen Ableger dieser Bewegung - am vergangenen Sonntag hat sich die „Piratenpartei Lëtzebuerg“ gegründet und zugleich ihr Programm veröffentlicht.

Schon in der Präambel wird klargemacht, wie die Piraten sich von den etablierten Parteien abzugrenzen gedenken: „Eine klassische Positionierung (...) im traditionellen politischen Spektrum lehnen wir ab.“ Will heißen: Die Piraten sind weder rechts noch links - was an sich begrüßenswert ist, da das Jahrhundert der Ideologien bekanntlich hinter uns liegt.

Dass diese Nicht-Positionierung aber auch problematisch sein kann, erleben gerade die deutschen Piraten. Schon zweimal sind Mitglieder mit revisionistischen bzw. rechtsradikalen Tendenzen aufgefliegen. Die Luxemburger Piraten wollen hier umsichtiger sein: „Wir sprechen und kooperieren mit jeder Bewegung, die die basisdemokratische Ordnung respektiert. Parteien die dies nicht tun, werden auch von uns ignoriert werden. Trotzdem wollen wir uns nicht auf ein politisches Spektrum begrenzen, sondern offen über alle

Barrieren hinweg agieren können“, so Sven Clement. Die Anliegen der Partei sind breit gefächert und beschränken sich nicht etwa auf die Legalisierung illegaler Downloads. „Die streben wir überhaupt nicht an. Wir wollen, dass auch in Zukunft Künstler und Schaffende von ihren Werken leben können. Wir wehren uns in erster Linie gegen einen zu aggressiven Kopierschutz und setzen uns für das Recht auf Sicherheitskopien ein“. Des weiteren bekämpfen sie Vorstöße wie das Hadopi-Gesetz in Frankreich und dessen luxemburgischen Ableger - der glücklicherweise wieder in der Schublade verschwunden ist -, die die Privatsphäre unterminieren, nur um den Druck auf illegale Downloader zu verstärken. Überhaupt die Privatsphäre: sie liegt den Piraten sehr am Herzen, sogar mehr noch als das Downloaden. So setzen sie sich auch gegen die Vorratsdatenspeicherung ein, die bei unseren deutschen Nachbarn längst Realität ist und auch in Luxemburg im Rahmen des Lissabon-Vertrags durchgesetzt werden soll. Ein weiterer Freiheitsverlust, den unsere Politiker wie immer mit bekümmertem Blick und dem gewohnheitsmäßigen Fingerzeig beim Brüssel hinnehmen werden.

Auch der Informationszugang ist den Piraten wichtig. Hier decken sich ihre Forderungen mit denen der Journalistengewerkschaft SJL, die erst letzte Woche auf das Fehlen eines Informationszugangsgesetzes in Luxemburg aufmerksam machte (siehe woxx 1026). In der nächsten Zukunft will die Partei erst einmal Statut gewinnen und von sich reden machen „Aber nicht durch radikale Aktionen, sondern durch Informationen und Interpellationen. Wir sind keine Radikalinskas. Piraten piratieren nicht - wir machen lediglich Dinge sichtbar, die andere nicht sehen können oder wollen“, erläutert Clement. Ihren ersten Versuch, die Urnen zu entern, werden sie voraussichtlich erst bei den nächsten Parlamentswahlen starten können, denn auf Gemeindeebene sind die Anliegen der Partei schwer an den Mann zu bringen. Wer die Piraten näher kennen lernen möchte, tut gut daran, sich an diesem Samstag, dem 10. Oktober, an der Veranstaltung „Freedom Not Fear“ zu beteiligen. Dort informieren, neben Vertretern der jungen DP, Gréng, Lénk und KPL auch die Piraten über ihr Vorgehen gegen den Überwachungsstaat.

SHORT NEWS

Zwanzig Jahre „Trapebesetzung“

„Klamauk und Provokation zum Auftakt“ titelte das Tageblatt im Oktober 1989, als die neun fraktionslosen Abgeordneten von GAP, Gleï, Aktionskomitee 5/6 und KPL zum Auftakt der Chamber-Session 1989-1990 per Treppensitzstreik ihren KollegInnen von CSV, LSAP und DP den Zugang zum Plenarsaal versperrten. Die friedlichen Demonstranten (sowie die anwesende Presse) wurden kurzerhand mit Polizeigewalt an die frische Luft gesetzt. Als Strafe wurde die Sommerpause der streikenden Abgeordneten (unter Entzug der entsprechenden Sitzungsgelder) um zehn Sitzungstage verlängert. Doch fand das eigentliche Ansinnen der „kleinen“ Parteien in der Folge doch Beachtung: Die finanzielle und personelle Ausstattung konnte durch das neue Instrument einer „technische Fraktion“ verbessert, die Redezeiten der einzelnen Gruppierungen angehoben werden. Aber auch die anderen Fraktionen konnten im Endeffekt von der „Trapebesetzung“ profitieren. Es war deutlich geworden, dass es dem gesamten Parlament an Professionalität mangelte um den hohen Anforderungen gerecht zu werden. Nach einer Anhebung der Fraktionsgelder, dem Ausbau des Chamber-Personals und der Modernisierung der internen Prozeduren konnte das Parlament seine eigentliche Arbeit intensivieren. Die „Gréng“ erinnern aus Anlass des 20-jährigen Jubiläums dieser in der Luxemburger Parlamentsgeschichte wohl einzigartigen Aktion an die Fortschritte die seit dieser Zeit in der parlamentarischen Arbeit erreicht werden konnten. Sie verweisen aber auch auf immer noch bestehende Defizite, wie etwa der unzureichenden Beachtung und Bearbeitung europapolitischer Dossiers durch das Parlament. Außerdem sei die Kommunikation mit der Bevölkerung verbesserungsfähig. In diesem Sinne haben die Grünen seit dem 8. Oktober, dem eigentlichen Jubiläumstag, eine Internetseite freigeschaltet (www.chamber.lu) auf der die Berichte der verschiedenen Parlamentskommissionen, sofern sie beglaubigt wurden, veröffentlicht werden. Bislang konnte sich die „offizielle“ Chamberseite (www.chd.lu) noch nicht zu diesem Schritt durchringen. Zwar gelten im Gegensatz zu 1989 die Sitzungsprotokolle nicht mehr als geheim, nur werden sie dem allgemeinen Publikum bislang vorenthalten.

Ménages à l'étroit.

Le Centre d'études de populations, de pauvreté et de politiques socio-économiques (CEPS) vient de publier une enquête sur les logements surpeuplés. En appliquant les critères de l'UE (une pièce pour chaque couple et chaque individu majeur ainsi qu'une pièce « de vie », style salon) sur les données statistiques recueillies en 2007 auprès d'un échantillon de 3.500 ménages, le CEPS tente de déterminer l'étendue du « surpeuplement du logement » au grand-duc. Car le ratio habitants-espace « peut avoir des répercussions sur d'autres aspects importants des conditions de vie » - comme les performances à l'école. Conclusion de l'enquête: huit pour cent des résidents habitent dans des logements trop petits. Le portrait-robot dressé par le CEPS du résident à l'étroit: jeune, étranger, monoparental et locataire. En chiffres, cela donne 29 pour cent des jeunes entre 16 et 24 ans, 26 pour cent des résidents « hors-UE », 20 pour cent des familles monoparentales et 23 pour cent des ménages louant sur le libre marché qui sont en situation « de surpeuplement du logement ». Il est étonnant de voir que 45 pour cent des personnes vivant dans un logement qui est, d'après les normes européennes, trop petit ont déclaré aux sondeurs que leur logement leur semblait « adapté ». Le CEPS note : « ces chiffres tendent à dédramatiser la situation ». Seul hic de l'enquête : selon l'aveu même du CEPS, les données sur lesquelles se basent les analyses n'incluent que les ménages « ordinaires », c'est-à-dire officiellement déclarés. Or, contacté par le woxx, Marco Hoffmann (Caritas) avance le chiffre officieux de 3.500 personnes ayant une « problématique de logement » (personnes habitant dans des hôtels, campings, foyers ou à la rue). « C'est une estimation minimale », précise Hoffmann, car en dehors d'Esch-sur-Alzette et de Differdange, aucune commune n'a jusqu'ici avancé des chiffres. Les vrais chiffres du surpeuplement du logement restent donc pour l'instant dans l'ombre.